

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Das vereinte Europa ist unsere historische Chance

„Wir müssen jetzt die historische Chance nutzen und die Europäische Union schaffen — erreichen wir das nicht, dann versagen wir vor der Zukunft, ja wir gefährden, was wir bisher erreicht haben.“

Mit dieser Mahnung hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, bei seinem ersten Auftritt vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg am 2. Februar eindringlich für die Einigung Europas geworben.

Gleichzeitig versicherte er der Versammlung, daß für uns Deutsche Europa nicht irgendein Thema der Tagespolitik sei, sondern eine, wenn nicht die Schicksalsfrage.

Helmut Kohl: Der Maastrichter Vertrag macht die Verankerung Deutschlands in Europa und den europäischen Einigungsprozeß insgesamt unwiderruflich.

Die in diesem Vertrag angelegte Politik konsequent und zügig umzusetzen, bedeute insbesondere:

- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erarbeiten, um aktiv auf Ereignisse Einfluß nehmen zu können, die den Frieden bedrohen,
- wirtschaftliche und monetäre Stabilität sichern — mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik,
- und schließlich in unseren Anstrengungen für ein bürgernahes Europa nicht nachlassen. Unser Ziel bleibt ein Europa, das die nationale Identität aller Mitgliedstaaten und ihrer Regionen achtet.

**HEUTE AKTUELL**

- **Steuern**  
Standortsicherungsgesetz: Im Mittelpunkt steht die Senkung der zu hohen Ertragssteuern. Seite 3
- **Förderung**  
Starthilfe für den Mittelstand in den neuen Bundesländern. Seite 6
- **Europa**  
Bernhard Sälzer: Mehr Transparenz und Demokratie im Gesetzgebungsverfahren der EG. Seite 8
- **Sicherheit**  
Einsatzbereich der Bundeswehr: Im Kern eine Bündnis-Debatte. Seite 11
- **Gesellschaft**  
Wolfgang Schäuble: Unserer Bevölkerung droht die Überalterung. Seite 14
- **Ideenbörse**  
Partnerschaft Dresden-Aussig: Gute Erfahrungen zur Ermunterung auch anderer Kreisverbände. Seite 22

## Ein Tag der Mahnung

**Zum 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung und zur Präsentation der neuen Wandzeitung der CDU gegen Fremdenfeindlichkeit erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Der 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung ist ein Tag der Mahnung, daß in Deutschland nie wieder Totalitarismus, Rassenwahn, Gewaltverherrlichung und Fremdenfeindlichkeit einen Platz haben dürfen. Die Greueltaten der Nazis sind ohne Beispiel.

Wir Deutschen haben aus unserer Geschichte gelernt, daß alle Demokraten zusammenstehen müssen, um gemeinsam bösen Anfängen zu wehren. Die CDU dankt allen, die durch ihre Teilnahme an Menschen-

rechtsdemonstrationen und Lichterketten vor aller Welt ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt haben. Nicht die Fratzen der Baseballschläger schwingenden Gewalttäter, sondern die freundlichen und welt-offenen Züge der Hunderttausende im Kerzenschein zeigen das wahre Gesicht Deutschlands. Die neue CDU-Wandzeitung für alle Kreis- und Ortsverbände in Deutschland ruft zum gemeinsamen Eintreten gegen Haß und Gewalt auf.



### Konrad-Adenauer-Stiftung

## CDU-Mitglieder werden befragt

**Die Konrad-Adenauer-Stiftung führt in diesen Tagen unter Mitgliedern der CDU eine wissenschaftliche Befragung durch.**

Es geht dabei u. a. darum, Aufschluß zu erhalten über Motive des Parteibeitritts, Mitwirkungswünsche und politische Präferenzen von CDU-Mitgliedern.

Diese Untersuchung ist ein wichtiger

Beitrag für die Diskussion über die Zukunft von Volksparteien und über die Verbesserung ihrer politischen Effizienz.

Der Generalsekretär hat den Mitarbeitern, die die Befragung durchführen, ein Empfehlungsschreiben zur Verfügung gestellt. In der gesamten CDU werden ca. 4.000 Mitglieder befragt, die nach einer wissenschaftlichen Zufallsstichprobe ermittelt werden.

## Standortsicherungsgesetz

# Im Mittelpunkt steht die Senkung der zu hohen Ertragsteuern

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz) erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Mit diesem Entwurf setzen wir unsere langfristig angelegte wachstumsstärkende Steuerpolitik fort. Angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs der Volkswirtschaften, vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes, ist es besonders wichtig, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze weiter zu verbessern.

Denn im Mittelpunkt des Wettbewerbs stehen neben den Produkten zunehmend die Produktionsstätten und damit die Arbeitsplätze der Zukunft. Die Sicherung der Attraktivität des gesamten deutschen Wirtschaftsstandorts für in- und ausländische Investoren ist zugleich eine wichtige Flankierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den jungen Ländern.

Im Mittelpunkt des Standortsicherungsgesetzes steht — nach den Erleichterungen bei den ertragsunabhängigen Steuern sowie bei der Gewerbesteuer im Steueränderungsgesetz 1992 — die Senkung der internationalen Vergleich zu hohen deutschen Ertragsteuersätze.

Viele ausländische Staaten haben frühzeitig die wichtige Signalfunktion der Steuersätze für Investitionsentscheidungen erkannt und ihre Steuersätze zum Teil drastisch auf ein Niveau von etwa 30 bis

35 Prozent bei der Körperschaftsteuer gesenkt. Mit der jetzt vorgesehenen Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einbehaltene Gewinne sowie des Einkommensteuer-Höchstsatzes für gewerbliche Einkünfte auf 44 Prozent gewinnt Deutschland wieder Anschluß an das internationale Besteuerungsniveau.

Die gleichzeitig vorgesehene Senkung des Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne von 36 auf 30 Prozent entlastet Erträge ausländischer Direktinvesti-

Die mit dem Standortsicherungsgesetz angestrebte Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen wird die wirtschaftliche Entwicklung im wiedervereinten Deutschland vorantreiben.

tionen in Deutschland und stärkt damit zusätzlich die Wachstumsimpulse aus dem Ausland.

Da Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft der Volkswirtschaften insbesondere einen aktiven und gesunden Mittelstand voraussetzen, sollen kleine und mittlere Betriebe die Möglichkeit der Bildung einer eigenkapitalschonenden Anparabschreibung erhalten. Maßnahmen im Bereich der Erbschaftsteuer, wie die Einführung eines Freibetrags von 500.000 DM, sollen die Fortführung mittelständischer Betriebe über die Generationen hinweg erleichtern und Arbeitsplätze sichern.

## CDU-Konzept bleibt ohne Alternative

**Zu den Gegenvorschlägen der SPD zum Regierungskonzept eines Föderalen Konsolidierungsprogramms erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die Enttäuschung ist weit verbreitet, und sie ist berechtigt: die peinliche Präsentation der „SPD-Gegenvorschläge“ am 27. Januar durch Oskar Lafontaine hat nicht nur den hochgeschraubten Erwartungen im eigenen Lager einen herben Schlag versetzt; sie hat vor allem deutlich gemacht, daß die Opposition über kein Gesamtkonzept verfügt, das dem Föderalen Konsolidierungsprogramm und den anderen Elementen der Solidarpakt-Konzeption der CDU auch nur annähernd gleichwertig ist.

Während die Koalitionsparteien nach umfangreichen Detailarbeiten ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt haben, das Antworten auf die aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen ebenso aufzeigt wie eine Perspektive für die sichere Zukunft des Standortes Deutschland, vermag die SPD diesem umfassenden Gesamtprogramm nur veraltetes Stückwerk entgegenzusetzen. Konkrete neue Sparvorschläge, die eine spürbare Konsolidierung der Haushalte in Bund und Ländern bewirken könnten, fehlen völlig.

Die CDU hat ein durchgerechnetes Gesamtkonzept vorgelegt, über das wir gesprächsbereit sind und das in einzelnen Elementen auch noch weiterentwickelt werden kann.

Durch die Verlängerung der betrieblichen Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz um 2 Jahre bis Ende 1996 sowie die Aussetzung der Gewerbesteuer- und der Vermögensteuer in den jungen Ländern bis Ende 1995 werden die Anstrengungen, in diesen Ländern eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, weiter unterstützt. Angesichts der großen Anforderungen an die Finanzpolitik, vor allem durch die wiedergewonnene deutsche Einheit, besteht derzeit kein Spielraum für eine Nettoentlastung der Unternehmen. Im Gesetzentwurf ist daher eine maßvolle Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten vorgesehen.

Damit folgt die Bundesregierung dem Rat der Sachverständigen-Kommission zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Investitionen und Arbeits-

plätze. Im übrigen können sich auch die neuen Abschreibungsregelungen im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen.

Bei den beweglichen Wirtschaftsgütern ist die degressive Abschreibung auch künftig günstiger als in den 60er und 70er Jahren; bei den Gebäuden ist die degressive Abschreibung immer noch günstiger als in der gesamten Zeit vor 1985. Wichtig ist: Investitionen in den jungen Ländern sind wegen der Verlängerung der dort geltenden Sonderabschreibungen von den Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht betroffen.

Insgesamt wird die mit dem Standort-sicherungsgesetz angestrebte Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen ihre Wirkung entfalten und die wirtschaftliche Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland vorantreiben.

# Die Konjunktur belebt sich wieder

Die westlichen Industrieländer haben 1993 mit einer zunächst noch überwiegend gedämpften Konjunktur zu rechnen. Im späteren Verlauf des Jahres dürfte sie sich jedoch beleben. Das schreibt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg in seinem Dienst „Konjunktur von morgen“.

Der Zuwachs des realen „Bruttoinlandsprodukts“ dürfte jedoch mit 1,5 bis 2 Prozent geringer ausfallen als das Wachstum des Produktionspotentials.

Die anhaltende Eindämmung des Preisanstiegs — die Teuerungsrate wird nach Ansicht der Hamburger Forscher unter drei Prozent liegen — schaffe gute stabilitätspolitische Voraussetzungen für einen Konjunkturanstieg im nächsten Jahr.

## Erholung in den USA

Am deutlichsten haben sich die Bedingungen für eine wirtschaftliche Erholung in den USA gebessert, so das HWWA-Institut. Ermäßigte Zinsen und erhöhte Gewinne würden dort zu einer deutlichen Steigerung der Investitionen führen. Die

anhaltende Aufwärtsbewegung von Nachfrage und Produktion werde es 1993 zu einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von rund drei Prozent bringen. Eine Belebung in den USA strahle erfahrungsgemäß rasch auf das Konjunkturklima in der übrigen Welt aus. So sei in

### Zitat

*„Der Solidarpakt ist weder das gordische Ei noch der Knoten des Kolumbus, sondern der Versuch, mit Solidarität und Maßhalten die Wirtschaft in Schwung zu bringen und die Finanzen in Ordnung zu halten.“*

**Jürgen Rüttgers,**  
Parlamentarischer Geschäftsführer der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Japan mit einem Wachstum des Bruttosozialproduktes von knapp zwei Prozent zu rechnen, während in Westeuropa wegen der dämpfenden Wirkung der Geldpolitik die fundamentalen Wachstumskräfte erst allmählich wieder an Einfluß gewinnen.

## Kein Investitionseinbruch in Ostdeutschland

Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) rechnet für 1993 nicht mit einem Investitionseinbruch in Ostdeutschland.

„Einige spektakuläre Rückzüge darf man nicht verallgemeinern“, betonte KfW-Vorstand Gert Vogt.

Auch bei dem Frankfurter Institut zur Förderung der deutschen Wirtschaft gebe es im neuen Jahr „keine Anzeichen dafür, daß die Investitionsnei-

gung der kleinen und mittleren Unternehmen erlahmt“.

Vor diesem Hintergrund hält es Vogt für wahrscheinlich, daß die geplanten Investitionen in den neuen Ländern in Höhe von 130 (1992: 107) Milliarden DM auch realisiert werden. Für die KfW selbst werde auch im laufenden Jahr die Investitionsförderung in Ostdeutschland wieder im Mittelpunkt ihres Engagements stehen.

# Starthilfe für den Mittelstand in den neuen Bundesländern

**Den Mittelstand im Osten unterstützen — das ist das Ziel einer Vielzahl spezieller Forschungs- und Entwicklungsprogramme (FuE) der Bundesregierung in den neuen Bundesländern.**

Bisher wurden rund 1.350 kleine und mittelständische Betriebe in den neuen Bundesländern mit insgesamt rund 300 Millionen Mark unterstützt.

„Gerade der Mittelstand braucht jetzt gezielte Hilfe, um am Markt konkurrenzfähig zu sein“, betont dazu das Kölner Institut der Wirtschaft, das die Programme vorstellt:

## ● Gründungsförderung:

Dieses Programm des Forschungsministeriums unterstützt seit Mitte 1990 die Gründung von technologieorientierten Unternehmen mit Sitz in den neuen Ländern. Die Neu-Unternehmer erhalten projektgebundene Zuwendungen und Bürgschaften. Bisher wurden 733 Anträge eingereicht, 155 Projekte werden mit mehr als 90 Millionen Mark gefördert, weitere 96 Anträge werden zur Zeit bearbeitet. Mit diesem Programm, das bis Ende 1995 fortgesetzt wird, sind rund 500 neue Arbeitsplätze für Forscher und Entwickler geschaffen worden.

## ● Innovationsförderung:

Vom Bundeswirtschaftsministerium wird seit März 1992 die Entwicklung neuer Verfahren und Produkte von der Detailkonzeption bis hin zur Fertigungsreife gefördert. Voraussetzung: Der Standort des Unternehmens oder mindestens eine Fertigungsstätte muß in den neuen Ländern liegen. Je nach Art der Aufwendungen können zwischen 20 und 40 Prozent

der Kosten (bis 800.000 Mark) übernommen werden.

## ● Personalförderung:

Unternehmen des Produzierenden Gewerbes im Osten mit eigener Forschungs- und Entwicklungstätigkeit erhalten seit März vergangenen Jahres 40 Prozent der nachgewiesenen FuE-Personalaufwendungen. Die Zuschüsse sind auf 240.000 Mark pro Jahr und Unternehmen begrenzt. Das Programm hat eine Laufzeit bis 1996. Insgesamt wurden 2013 Anträge gestellt, bewilligt wurden bisher 1.209 mit Zuschüssen von 49 Millionen Mark.

Kleine und mittlere Betriebe in den neuen Ländern sollen bei der Personalaufwachs-förderung des Forschungsministeriums ermuntert werden, zusätzlich Wissenschaftler und Ingenieure einzustellen. Sie erhalten dafür einen Zuschuß in Höhe von 50 Prozent des Bruttogehaltes (1990: 70 Prozent, 1991: 60 Prozent), maximal 2.500 Mark pro Mitarbeiter und Monat sowie 250.000 Mark pro Unternehmen und Jahr.

## ● Auftragsforschung und -entwicklung Ost:

Mittelständler des produzierenden Gewerbes im Osten können seit September 1990 einen Zuschuß von 50 Prozent des Auftragswertes erhalten, wenn die vergebenen FuE-Aufträge zu neuen oder verbesserten Verfahren und Produkten führen. Die Laufzeit des Programms ist zunächst bis Ende 1993 befristet. Die Unternehmen können Zuwendungen — auch für mehrere Aufträge — bis maximal 300.000 Mark beantragen. Von 925

## Beitrittsverhandlungen müssen parallel zur institutionellen Reform geführt werden

**Der Beginn der Beitrittsverhandlungen Österreichs, Schwedens und Finnlands mit der Europäischen Gemeinschaft macht deutlich, daß die Gemeinschaft nichts an Anziehungskraft in Europa eingebüßt hat.**

Der politische Wunsch dieser Länder, an der Europäischen Union teilzuhaben und mitzuwirken, setze ein positives Zeichen für die Fortentwicklung zur Europäischen Union, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer.

Die Frage nach einer Alternative, Erweiterung oder Vertiefung der Gemeinschaft, sei falsch gestellt, sagte Sälzer. Vielmehr gehe es darum, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sicherzustellen und hierzu die notwendigen Reformen der Institutionen — Ministerrat, Kommission und Europäisches Parlament — durchzuführen.

Diese dringend notwendigen Reformen müßten parallel zu den Beitrittsverhandlungen vorbereitet werden, damit am Tag der endgültigen Unterzeichnung der Beitrittsdokumente alle Beteiligten Bescheid wüßten „wohin die Reise gehen soll“.

### Probleme nicht zu erwarten

Die Integration der drei Länder, mit denen die Beitrittsverhandlungen jetzt begonnen haben, in den wirtschaftlichen und politischen Bestand der Gemeinschaft dürfte kaum Probleme aufwerfen. Es sei aber notwendig, daß die Beitrittsverhandlungen bereits mit Blick auf die Umsetzung des Maastrichter Vertrages und die erforderlichen institutionellen Reformen geführt werden, denn die notwendigen Vertragsänderungen sollen, wie in Maastricht beschlossen, endgültig im Rahmen einer Regierungskonferenz bis spätestens 1996 durchgeführt werden.

Anträgen sind 745 mit Zuschüssen von über 60 Millionen Mark bewilligt worden.

### ● Auftragsforschung und -entwicklung West-Ost:

Zur Stärkung der Nachfrage nach FuE-Leistungen aus den neuen Ländern hat das Bundesforschungsministerium im Mai 1991 ein weiteres Sonderprogramm aufgelegt. Antragsberechtigt sind auftragnehmende FuE-Einrichtungen oder Unternehmen mit Sitz und Tätigkeit in den neuen Bundesländern und Ost-Ber-

lin. Übernommen werden 35 oder 40 Prozent der Gesamtkosten des Auftrags, maximal aber 300.000 Mark pro Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehung.

Das West-Ost-Programm soll in ganz besonderer Weise dem Auftragsmangel in den neu gegründeten und umstrukturierten FuE-Einrichtungen der neuen Länder entgegenwirken. Von den bisher 621 Aufträgen wurden rund 500 mit einem Fördervolumen von 37,2 Millionen Mark bewilligt. Das Programm läuft Ende 1993 aus.

Bernhard Sälzer:

# Mehr Transparenz und Demokratie im Gesetzgebungsverfahren der EG

**Die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips auch hinsichtlich der Funktionsprinzipien und Verfahren der Kommission hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer (EVP/CDU), gefordert.**

Das Erfordernis nach mehr Transparenz und Demokratie in der Gemeinschaft müsse als erstes gerade auch bei dem Gesetzgebungsverfahren und den Gemeinschaftsinstitutionen angewandt werden.

An konkreten Maßnahmen fordert Sälzer, daß die Kommission Gesetzesvorschläge, wenn diese vom Parlament abgelehnt wurden, entweder zurückzieht oder aber schriftlich gegenüber dem Parlament begründet, warum sie diese Vorschläge entgegen der Parlamentsentscheidung aufrecht erhalten muß.

Weiterhin soll die Kommission verpflichtet werden, Änderungen, die vom Parlament mit der absoluten Mehrheit von 260 Stimmen angenommen wurden, in ihren Vorschlag zu übernehmen.

Darüber hinaus dürfe die Kommission nicht zuerst die Medien über wichtige Gesetzesvorschläge oder andere bedeutende Entscheidungen informieren, sondern den Mitgesetzgeber, nämlich das Europäische Parlament.

Schließlich sei es notwendig, daß die Kommission bei der Frage der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf die Gesetzgebung der Gemeinschaft die Stellungnahme des Parlamentes einholt und berücksichtigt.

Nur so sei eine demokratische Kontrolle der Kommission im Gesetzgebungsverfahren möglich, bei dem die Kommission allein das Initiativrecht hat. Deswegen müsse sichergestellt werden, daß das Parlament, die direkt gewählte Vertretung der europäischen Bürger, einen wirksamen und nicht umgehbaren Einfluß auf die Vorschläge der Kommission nehmen könne.

Das Vorschlagsrecht dürfe nicht zu einer Monopolisierung der Kommission bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen führen, sagte Sälzer.

## Auch Europaparlamentarier sollen künftig Mitglieder der Bundesversammlung werden

Der europapolitische Sprecher der CDU Thüringen, Rolf Berend MdEP, hat vorgeschlagen, daß zukünftig auch die deutschen Abgeordneten des Europaparlaments Mitglieder der Bundesversammlung werden, die alle fünf Jahre den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland wählt. Je mehr sich Europa zu einem Staatenbund entwickle, so Berend, umso weniger sei einzusehen, daß die Abgeordneten des Europäischen Parlaments an der Wahl des Staatsoberhauptes nicht teilnehmen können.



# Umgehend Maßnahmen der EG für die Sicherheit der Schifffahrt gefordert

Angesichts der langen Reihe sich fortsetzender Tankerunglücke und Umweltkatastrophen müssen Kommission und Mitgliedstaaten umgehend alle notwendigen Maßnahmen gegen die von Öltankern ausgehenden Gefahren vorschlagen, hat der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Georg Jarzembowski (EVP/CDU), gegenüber dem zuständigen EG-Kommissar Abel Matutes erklärt.

Während einer Sitzung des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlamentes forderte Jarzembowski den Kommissar auf, dem Parlament konkrete Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Bloße Absichtserklärungen, wie sie von den EG-Umwelt- und Verkehrsministern auf ihrer Sondersitzung abgegeben wurden, reichten bei weitem nicht aus, erklärte Jarzembowski für seine Fraktion im Verkehrsausschuß.

Die Mitarbeit der Gemeinschaft in den

internationalen Schifffahrtsorganisationen sei zwar notwendig, aber bei weitem nicht ausreichend. Der EG stünden weitaus effizientere Möglichkeiten zur Verfügung, um ihre Gewässer vor weiteren Umweltkatastrophen zu schützen.

Als entscheidend bezeichnete Jarzembowski die konsequente Kontrolle aller Schiffe in den EG-Häfen auf ihre Sicherheit und die sofortige Stilllegung von Schiffen, die entweder wegen des unzureichenden Zustandes des Schiffes oder Mängel im Bereich der Besatzung die Sicherheitsanforderungen nicht erfüllten und potentielle Gefahren darstellten.

Auf Gemeinschaftsebene müßten vor allem Maßnahmen getroffen werden mit dem Ziel, den Transport gefährlicher Stoffe in ökologisch empfindlichen Gebiete zu verbieten, strenge Sicherheitsvorschriften zu erarbeiten und diese wirksam zu kontrollieren. Außerdem müßte dringend die Ausbildung für Schiffsbesatzungen verbessert werden, eine der Hauptursachen für Schiffsunglücke.

## EG-weites Atrazinverbot gefordert

Der EVP-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz hat die EG-Kommission aufgefordert, Klarheit darüber zu schaffen, ob das in Deutschland verbotene gefährliche Pflanzenschutzmittel Atrazin europaweit zugelassen werden soll.

Florenz: „Das Europäische Parlament hat sich seit Jahren für eine strenge Pflanzenschutzmittel-Richtlinie eingesetzt.“

Es wäre ein umweltpolitischer Skandal ersten Ranges, wenn jetzt in einem nichtöffentlichen Ausschußverfahren der Kommission und ohne Beteiligung des Parlaments das gefährliche Atrazin zugelassen wird.

Damit wäre der Gewässerschutz in ganz Europa bedroht und wären alle umweltpolitischen Absichtserklärungen der Kommission widerlegt. Für uns kommt daher nur ein EG-weites Verbot von Atrazin in Betracht.“

„Problem mit der Wirklichkeit“:

## Zur Sicherheitspolitik der SPD

Die SPD ist in der Frage des zukünftigen Einsatzes der Bundeswehr tief zerstritten. Auf ihrem Sonderparteitag im November 1992 hatte die SPD friedensschaffende Blauhelmeinsätze der Bundeswehr abgelehnt. Bereits kurze Zeit später forderte aber der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Norbert Gansel: „Ich bin für eine klare Revision der Position meiner Partei, aber davon muß die SPD überzeugt sein.“ (13. 12. 1992, ARD)

Fraktionschef Hans-Ulrich Klose forderte am 17. Dezember 1992 die Bundesregierung auf, „jetzt endlich mit der Opposition über eine notwendige Klarstellung im Grundgesetz zu verhandeln“. Ein von der Bundesregierung vorgeschlagenes Gespräch mit der Opposition lehnte die SPD aber rundweg ab. Klose erklärte, die SPD sei nicht bereit, „daß wir alles tun, was diese Regierung, was insbesondere ihr Unionsteil will“. (11. 1. 1993, Deutschlandfunk)

Die renommierte Neue Zürcher Zeitung kommentierte das Verhalten der SPD folgendermaßen: „Trotz einiger abweichender Stellungnahmen verharren sie in ihrer Verweigerungshaltung.“ (15. 1. 1993)

### Ghali fordert deutsche Beteiligung

Während des Bonn-Besuchs von UNO-Generalsekretär Butros Ghali erklärte der SPD-Außenpolitiker Günter Verheugen: „Die SPD muß ihre Position überdenken, falls sich herausstellen sollte, daß die UNO von uns etwas ganz anderes erwartet, als wir bisher angenommen haben.“ (ZDF, 11. 1. 1993)

Auch der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Walter Kolbow forderte: „Man sollte in der SPD dazu kommen, für die in der UNO-Charta vorgesehenen Pflichten für friedensschaffende Maßnahmen zur Verfügung zu stehen.“ (13. 1. 1993)

Die völlige Zerstrittenheit der SPD zeigte sich auch in den Reaktionen auf den von der Bundesregierung eingebrachten Vorschlag zur Verfassungsänderung. Während Horst Niggemeier, Mitglied im Verteidigungsausschuß, erklärte, die Vorschläge der Bundesregierung bildeten

**Hinweis:** Unter dem Stichwort „Problem mit der Wirklichkeit“ (Zitat Hans-Ulrich Klose) erscheinen in loser Folge Infos, Zitate und Analysen zur widersprüchlichen Haltung der SPD in zentralen politischen Fragen.

eine „geeignete diskussionsfähige Grundlage für weitere Gespräche“ (Welt am Sonntag, 17. 1. 1993), meinte der außenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Voigt: „Der jetzige Vorschlag der CDU/CSU und FDP ist völlig inakzeptabel.“

Fraktionschef Klose gab die Verweigerungspareole der SPD aus: „Wir werden eindeutig ablehnen.“ (Saarbrücker Zeitung, 18. 1. 1993) „An unserer ablehnenden Position gegenüber dem Koalitionsvorschlag zum veränderten Einsatz der Bundeswehr hat sich nichts geändert.“ (Thüringer Allgemeine, 25. 1. 1993)

Parteichef Engholm, der noch im Dezember erklärt hatte: „Wir können im Januar sehr schnell eine Grundgesetzänderung machen“ (ARD, 17. 12. 1992), ist in der Diskussion seither völlig abgetaucht. ■

## Einsatzbereich der Bundeswehr

# Im Kern eine Bündnis-Debatte

Die Debatte um den Einsatzbereich der Bundeswehr muß seriös geführt werden. Sie läßt sich nicht auf die AWACS-Frage reduzieren, von der niemand weiß, ob sie sich überhaupt stellen wird. Sie läßt sich auch nicht auf den Streit um verfassungsrechtliche Formulierungen und Auslegungen verkürzen.

Eine Fixierung auf den gerade aktuellen Einzelfall überdeckt den Kern der Frage eher, als daß er ihn beleuchtet. Die Bundeswehr-Debatte ist in der Substanz eine Bündnis-Debatte und eine Europa-Debatte. Wer gleiche Rechte und Pflichten in der Weltgemeinschaft, im Bündnis und in der Europäischen Union nicht akzeptieren will, setzt die Grundlagen der deutschen Sicherheit aufs Spiel.

### Prinzip: Nie alleine

Notwendig ist deshalb eine inhaltliche Auseinandersetzung. Ein solcher inhaltlicher Konsens könnte nach meiner Ansicht folgende Elemente haben:

- Ein Einsatz von Bundeswehreinheiten außerhalb unserer internationalen Bündnis- und Sicherheitspartnerschaft bleibt weiterhin undenkbar. Es gilt das Prinzip: nie alleine. Die Bundesrepublik Deutschland unterwirft — mit Ausnahme der Landesverteidigung — den Einsatz ihrer Streitkräfte als einziges Land dieser Welt einer Art Vetorecht der Bündnispartner und der Völkergemeinschaft. Dabei soll es bleiben.
- Es darf auch in Zukunft keine Automatik bei der deutschen Beteiligung an Blauhelm-Aktionen, UNO-Kampfeinsätzen,

KSZE-Maßnahmen oder friedensschaffenden Einsätzen der NATO außerhalb des Bündnisfalls geben. In jedem Einzelfall ist die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland erforderlich. Dabei ist die Beteiligung des Deutschen Bundestages zu gewährleisten.

- Frieden und Sicherheit in Europa sind das erste Gebot der deutschen Außenpolitik. Das entspricht unserem nationalen Interesse und den Erwartungen der Völkergemeinschaft, die zu Recht fordert, daß die Europäer ihre Probleme in erster Linie selbst lösen. Dabei können Deutschland und seine europäischen

### Von Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Partner weder den Entscheidungen der UNO noch den Mechanismen der KSZE alleine die Regelung der Konflikte überlassen. Die Unwägbarkeiten der Verfahren und der Interessen in beiden Institutionen lassen dies nicht zu.

Um so drängender wird die Notwendigkeit, die Europäische Union handlungsfähig und Deutschland unionsfähig zu machen. Die Debatte um den Auftrag der Bundeswehr muß sich deshalb auf diesen Gesichtspunkt konzentrieren und von der Fixierung auf UNO-Einsätze lösen. Es gibt auch eine Definition von Friedensverantwortung, die die eigenen Kräfte überspannt und vor den nächstliegenden Aufgaben versagt. Nicht die globale Präsenz der Bundeswehr, sondern die Kon-

## Deutsch-französisches Korps soll zum Eurokorps ausgebaut werden

**Das deutsch-französische Korps sollte sich weiterentwickeln zu einem „wirklich europäischen Korps, an dem sich auch andere Staaten der Westeuropäischen Union (WEU) beteiligen“.**

Dieses fordert der Vorsitzende des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments, der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering.

Aus Anlaß einer Sitzung des Unterausschusses in Brüssel, an der auf dessen Einladung der Chef des in Straßburg befindlichen Aufstellungsstabes des Korps, der französische General Clerc, sein deutscher Stellvertreter, Oberst Bühl, sowie hochrangige Vertreter des französischen und deutschen Verteidigungsministeriums teilnahmen und den Aufbau des Korps erläuterten, bezeichnete Pöttering das Korps „als wichtigen Teil der zukünftigen europäischen Verteidigung, sofern sich andere Partner anschließen“.

Belgien, Spanien und Luxemburg haben bereits eine Verbindung zu dem Korps hergestellt.

Der CDU-Politiker tritt dafür ein, daß das entstehende Eurokorps der WEU unterstellt wird und mit der NATO

### Auch humanitäre Einsätze

„intensiv zusammenarbeitet“. Es soll, wie auch die Vertreter des Korps erläuterten, sowohl für militärische als auch humanitäre Einsätze Verwendung finden.

Die Militärs informierten die Abgeordneten darüber, daß die anderen WEU-Staaten ständig über den Aufbau des Korps unterrichtet werden — mit dem Ziel, daß diese Staaten sich anschließen.

zentration auf unsere europäische Verantwortung muß deshalb die Richtschnur sein.

● Die Bundeswehr ist kein Instrument beliebiger Machtentfaltung. Die Existenz der deutschen Streitkräfte ist — auch verfassungsrechtlich — der greifbare Ausdruck der Einsicht, daß der Schutz der Menschenwürde als oberstes Verfassungsziel den Rückgriff auf bewaffnete Kräfte notwendig machen kann. Die Gemeinsamkeit dieser Grundüberzeugung ist auch das entscheidende Bindeglied der europäischen und transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Das unterscheidet NATO, WEU und Europäische Union von den Interessenkoalitionen einer unheilvollen europäischen Vergangenheit.

● Für den Einsatz außerhalb der Landesverteidigung und des Bündnisfalls kommen nur besonders qualifiziert ausgebildete Soldaten in Frage. Schon aus diesem Grund können nur Berufs- und Zeitsoldaten sowie freiwillige Wehrpflichtige zu solchen Einsätzen herangezogen werden. Eine politische Verständigung über die verfassungsrechtlichen Grundlagen erfordert zunächst eine Verständigung über Inhalte und Instrumente unserer Friedensverantwortung und unserer Interessenwahrung. Das ist auch die politische Lehre aus der Entstehung der Asylvereinbarungen der vergangenen Monate.

## Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

# Zentrales Element des neuen Grundsatzprogrammes

Anläßlich einer Sitzung des Bundesausschusses „Umweltpolitik“ der CDU am 2. Februar 1993 in Hannover erklärten der Vorsitzende, Kurt-Dieter Grill, und der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU, Christian Wulff:

Die Grundsatzprogrammdiskussion in der CDU bietet Gelegenheit, über den Tag hinauszudenken und langfristige Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. „Dies ist vor allen Dingen auch für die Umweltpolitik und die Bewahrung der Schöpfung nötig. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur durch eine fortschrittliche Umweltpolitik langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden kann.

Anspruchsvolle Umweltstandards sind nicht nur ein wichtiger Impuls für Innovationen in der Umwelttechnik, sondern sie stellen selbst einen wichtigen Standortfaktor dar. Dies belegen deutsche Hersteller von Umwelttechnologien und umweltverträglichen Gütern, die schon heute einen Wettbewerbsvorteil auf den internationalen Märkten erreicht haben.“ Der große Raum, der im neuen Grundsatzprogrammwurf der Umweltpolitik eingeräumt wird, sei besonders zu begrüßen. In den nächsten Jahren müsse die große Aufgabe geleistet werden, die soziale Marktwirtschaft so weiterzuentwickeln, daß sie einen gleichgewichtigen

ökologischen Pfeiler erhalte. Gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müsse klar sein: Umweltschutz wird umso teurer, je später er einsetzt. „Erst wenn die Kosten unterlassener Umweltvorsorge vom Verursacher getragen werden müssen, wird Umweltschutz zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für jeden einzelnen Bürger. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß sich alle Umweltkosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen.

Wir müssen konsequent marktwirtschaftliche Instrumente wie Steuern und Abgaberegulungen in der Umweltpolitik weiterentwickeln und auch einführen. Nur so können wir dafür sorgen, daß Entwicklung, Produktion, Verbrauch und Entsorgung von Gütern so weit wie möglich im geschlossenen Kreislauf erfolgen“, erklärten Wulff und Grill.

### Weiteres Signal gesetzt

Um dem selbst gesetzten hohen Anspruch gerecht zu werden, sei es unbedingt nötig, daß vor allem in der Abfallpolitik weiter vorangegangen wird. Nach dem Inkrafttreten der dritten Stufe der Verpackungsverordnung zum 1. Januar diesen Jahres müsse jetzt unbedingt ein weiteres Signal in der Abfallpolitik gesetzt werden.

Grill: „Die von Bundesumweltminister Töpfer eingebrachte Novelle des Abfallgesetzes, die den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft bedeutet, ist nun zügig zu verabschieden. Nur so können wir langfristig die Abfallproblematik lösen.“ ■

# Unserer Bevölkerung droht die Überalterung

**Unser Land altert kollektiv, während sich die Veränderungen in unserem Leben ständig beschleunigen. So wenig in unserem dichtbesiedelten Land eine starke Zunahme der Bevölkerung wünschenswert wäre, so sicher wird uns der dramatische Rückgang der Bevölkerung langfristig vor große Probleme stellen und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Mit zunehmendem Alter sinkt die Risikobereitschaft der Menschen, und der Widerstand gegen Veränderungen nimmt zu.**

Eine Gesellschaft, in der Durchschnittsalter und der Anteil der Alten immer größer werden, wird auf Veränderungen schwerfälliger reagieren, ihre Innovationsbereitschaft wird sinken. Der Verlust von Familienbeziehungen, der mit der Zunahme von 1-Kind-Familien einhergeht, wird zu einer größeren Ich-Bezogenheit der Menschen führen. Hilfe, die heute noch von der Familie geleistet werden kann, muß bei der steigenden Zahl Alleinstehender öffentlich organisiert werden. Dies alles wird zu einem kälteren sozialen Klima beitragen.

Warum messen viele in unserem Land der Familie und dem Wunsch nach Kindern weniger Bedeutung bei als früher? Ich vermute, daß es eine mangelnde Lebenszuversicht gibt, die sich auch im Geburtenrückgang niederschlägt. Ihre Ursache wird man in zunehmenden Ängsten und einem fehlenden Grundvertrauen zu suchen haben, das wiederum mit schwindenden religiösen Bindungen

und der fortschreitenden Säkularisierung in der Gesellschaft zusammenhängt.

Abhilfe vor allem von der Politik zu erwarten, würde sie überfordern. Politik kann dazu beitragen, die Entwicklung hin zu einem neuen Wertewandel zu befördern. Denn wir brauchen eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der Kinder wieder als Wert und nicht — wie so häufig — als Belastung empfunden werden. Dabei hilft vor allem die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien. Die CDU hat mit einer aktiven Familienpolitik, z. B. der Einführung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld, Erziehungszeiten in der Rentenversicherung

## Von Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

oder der Stiftung Mutter und Kind, Akzente gesetzt.

Wir wollen den Familienlastenausgleich weiter verbessern, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern und bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Teilzeitarbeit, Kindergartenplätze usw.) schaffen.

Aber auch eine Veränderung der Einstellung zu Familie und Kindern wird auf absehbare Zeit nur bedingt Wirkung zeigen, da sich der Altersaufbau unserer Bevölkerung bereits verändert hat. Die wirtschaftliche Auswirkungen dieser Entwicklung — vor allem für die Absiche-

# Haushaltssperre für Etat 93 vorgesehen

## Zum Bundeshaushalt 1993 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Mit dem vorgesehenen Nachtragshaushalt 1993, den die Bundesregierung Anfang März beschließen wird, sollen die haushaltspolitischen Herausforderungen bewältigt werden, die sich 1993 gegenüber dem geltenden Haushaltsplan zusätzlich stellen.

Durch gezielte Ausgabenkürzungen von rund 2,4 Milliarden DM und einer globalen Einsparung über alle Einzelpläne der Bundesressorts hinweg in Höhe von rund 1,8 Milliarden DM soll der unabweisbare Mehrbedarf so begrenzt werden, daß eine Steigerungsrate von knapp unter 3 Prozent eingehalten werden kann.

Um die Erwirtschaftung der globalen Einsparung sicherzustellen, ist beabsichtigt, bereits zum jetzigen Zeitpunkt

eine haushaltswirtschaftliche Ausgabenperre anzuordnen. Im einzelnen dürfen folgende im Bundeshaushalt 1993 veranschlagte Mittel nicht ausgegeben werden:

- 6 Prozent der sächlichen Verwaltungsausgaben (z.B. Geschäftsbedarf der Behörden, Haltung von Fahrzeugen, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken),
- 6 Prozent des Bundesanteils der sächlichen Verwaltungsausgaben in den Wirtschaftsplänen der Zuwendungsempfänger,
- 1 Prozent der Ausgaben für militärische Beschaffungen,
- 3 Prozent der Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) mit Ausnahme der gesetzlichen und internationalen Verpflichtungen sowie der Zuwendungsempfänger mit Wirtschaftsplan.

Der älteren Generation — werden wir nur durch eine dynamische Wachstums politik und einen Umbau des Sozialstaates in den Griff bekommen.

Hierfür wird eine längere Lebensarbeitszeit erforderlich sein, um zu einem Gleichgewicht von Beitragsleistungen und Renten zu gelangen. Die Bürger werden bei der sozialen Absicherung größere Eigenanteile erbringen müssen, etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Gesundheitswesen. Nur wenn wir unsere Wirtschaftskraft nicht überfordern, sondern die Fundamente der Volkswirtschaft und ihre Wachstumskräfte stärken, werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit als entscheidende Voraussetzung unseres Wohlstandes bewahren.

Wir brauchen mehr Leistung und mehr Produktivität. Die nötigen Anreize werden wir nur dadurch schaffen, daß wir die direkten Einkommen nicht zu hoch besteuern, die Lohnkosten senken und Fehlsteuerungen von Sozialleistungen abbauen. Dazu gehört auch die Erhaltung unserer Umwelt, die zur Sicherung der Standortqualität Deutschlands beiträgt.

Die tiefgreifenden Veränderungen werden wir in allen gesellschaftlichen Bereichen intensiv erörtern müssen. Die CDU greift diese Themen in ihrem Grundsatzprogramm auf und stellt Wege zur Diskussion, wie Verantwortungsbe reitschaft und Innovationsfreude unter veränderten Umständen gefördert werden können.

# Einigung über Asylbegleitgesetz

**Die Verhandlungsführer der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD haben sich nach mehrtägigen Beratungen auf den Entwurf für ein Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften verständigt.**

Der Entwurf soll den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Beratung vorgelegt werden. Die Regierungsfractionen streben an, die weiteren parlamentarischen Beratungen so zügig voranzutreiben, daß das Gesetz möglichst im April in Kraft treten kann.

Zu den wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes gehören:

- Maßnahmen zur weiteren Beschleunigung der Asylverfahren und zur Verhinderung von Mißbrauchsfällen,
- Regelungen für den Aufenthalt von Bürgerkriegsflüchtlings,
- Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

Im Bereich des Asylverfahrens wurde insbesondere zu folgenden Punkten Übereinstimmung erzielt:

- **Die Liste sicherer Drittstaaten.** Personen, die aus EG-Staaten und unseren Nachbarstaaten Österreich, Schweiz, Polen oder der Tschechischen Republik kommen, können sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Nach Vorstellungen der Regierungsfractionen sollen außerdem Personen, die über die skandinavischen Staaten, die Slowakei und auch Ungarn kommen, vom Asylverfahren in Deutschland ausgeschlossen bleiben.
- **Die Liste sicherer Herkunftsstaaten.** Anträge von Personen, die aus Rumänien, Bulgarien, Ghana oder Indien kommen, sollen grundsätzlich als offensicht-

lich unbegründet abgelehnt werden. Geprüft wird, ob entsprechend auch bei den Herkunftsländern Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und unter Umständen Gambia und Senegal verfahren werden kann.

- **Die Abschiebung in einen sicheren Drittstaat.** Der Asylbewerber wird diese entsprechend Art. 16 a Abs. 2 GG nicht durch Rechtsbehelfe aufschieben können.
- **Übereinstimmung besteht auch in bezug auf eine weitgehende Verpflichtung des Bundes, für die Heimreisedokumente abgelehnter Asylbewerber Sorge zu tragen.**

In den parlamentarischen Beratungen weiter zu klären sind insbesondere die Fragen:

- **Kann für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten bei Ankunft auf dem Luftweg eine besondere Form eines verkürzten Verfahrens geschaffen werden, bei dem der Asylantrag vor Einreise geprüft wird?** Dies hätte den Vorteil, daß diese Bewerber — unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit — jedenfalls vom Staat des Abflughafens zurückzunehmen sind.
  - **Soll Bewerbern, die unter Vortäuschung einer offensichtlich falschen Identität oder Staatsangehörigkeit einzureisen versuchen, die Einreise in das Bundesgebiet verweigert werden?**
  - **Bedarf es eines besonderen Schlüssels zur Verteilung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber auf die Länder?**
- Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlings wird ein eigenständiges Aufenthaltsrecht der sog. B-Status geschaffen. Damit können diese Flüchtlinge aus dem Asylverfahren herausgehalten werden.



## Drohender Konkurs in Premnitz abgewendet

**Bundesminister Friedrich Bohl hat am 26. Januar Unternehmen im Landkreis Rathenow sowie die Märkische Faser AG in Premnitz besucht.**

Mit der Privatisierung zum 1. November 1991 wurde der Märkischen Faser AG die einzige mögliche Chance zur Weiterführung eröffnet. Die Unternehmensstrategie des Erwerbs hat sich allerdings durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Absatz-

märkte nicht verwirklichen lassen. Im Gespräch mit Vertretern des Unternehmens, der Belegschaft und der Region hob Bundesminister Bohl ausdrücklich die bisherigen Leistungen der Treuhandanstalt bei der Unterstützung der Märkischen Faser hervor: Obwohl bereits privatisiert, hat die Treuhandanstalt zusammen mit dem Land Brandenburg durch eine zweifache Liquiditätshilfeaktion den drohenden Konkurs des Unternehmens abgewendet.

## Kommentar

### Es wird investiert

In den letzten Monaten haben sich die Befürchtungen gemehrt, daß westdeutsche Unternehmen ihre Investitionspläne in Ostdeutschland möglicherweise drastisch kürzen. Eine Reihe von Beispielen dafür hat es schon gegeben. Am spektakulärsten war, daß Daimler-Benz sein großes Lastwagenwerk angesichts der Konjunkturlage nicht mehr bauen wird. Jetzt hat das Münchner Ifo-Institut bei seinen regelmäßigen Befragungen festgestellt, daß die westdeutschen Unternehmen insgesamt an ihren Investitionsplänen für Ostdeutschland nicht nur festhalten, sondern ihre Ausgaben 1993 weiter steigern

wollen, wenn auch nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang. Im Jahr 1992 hatten sich die Industrieinvestitionen auf 16,5 Milliarden DM verdoppelt. Für dieses Jahr ist nun noch einmal ein leichter Zuwachs auf 17,5 Milliarden DM vorgesehen. Bemerkenswert sind die Impulse, die wiederum von der Bauwirtschaft kommen. Das hat sich besonders auf die Investitionspläne der Branche Steine und Erden positiv ausgewirkt. Überdurchschnittlich wird ferner in der Mineralölindustrie, in der Chemie sowie im Straßenfahrzeugbau investiert. **Das sind gute Nachrichten.** Sie zeigen, daß die Unternehmen doch in den neuen Bundesländern weiter investieren und damit Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft in diesem Gebiet schaffen. **FAZ**

Im Vorgriff auf eine Neuregelung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts soll jetzt bereits der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden:

- Ausländer mit langem Aufenthalt (15 Jahre) in Deutschland erhalten einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung.

- Junge Ausländer (bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres) können einen solchen Rechtsanspruch schon nach 8 Jahren erhalten.

Damit sind die innenpolitischen Anliegen des Asylkompromisses vom 6. Dezember 1992 aufgegriffen. ■

## Umweltschutz

### Verpackungsflut eindämmen

Am 1. Januar 1993 tritt die 3. Stufe der Verpackungsverordnung in Kraft, d. h. die Rücknahme der Verkaufsverpackungen erfolgt entweder im Laden, oder die Verpackungsmaterialien werden durch ein verbrauchernahes Erfassungssystem der Wirtschaft, das Duale System (Grüner Punkt), kostenlos abgeholt.

Mit der Genehmigung des Dualen Systems durch die Umweltminister der Bundesländer wird der Wirtschaft die Möglichkeit eröffnet, die Rücknahmepflicht von Verpackungen statt direkt am Laden effizienter beim Bürger selbst durchzuführen.

Im Jahr 1993 müssen mindestens 30 Prozent des gesamten Verpackungsmaterials eingesammelt werden und davon ebenfalls 30 Prozent stofflich wiederverwertet werden.

Spätestens ab Mitte 1995 müssen mindestens 64 Prozent der insgesamt 1,15 Millionen t Verpackungen aus Kunststoff und Kunststoffverbunden wiederverwertet werden. Im Jahr 1993 beträgt diese Mindestquote 9 Prozent, also 104.000 t. Verkaufsverpackungen sind z. B. Joghurtbecher, Kartons für Toaster und Kaffeemaschinen, Verpackungen für Schokola-

dentafeln und Zigaretten, Beutel mit einzelnen verpackten Bonbons usw.

Bereits seit 1. Dezember 1991 sind von den Herstellern und Vertreibern Transportverpackungen und seit 1. April 1992 Umverpackungen zurückzunehmen. Auch diese Verpackungsarten müssen wiederverwendet oder stofflich verwertet werden.

### Freiwilliges ökologisches Jahr

Das freiwillige ökologische Jahr, das im Laufe des Jahres 1993 in Kraft tritt, gibt in Anlehnung an das freiwillige soziale Jahr jungen Menschen zwischen 16 und 27 Jahren die Möglichkeit, sich für sechs bis zwölf Monate im Umweltbereich in geeigneten Stellen und Einrichtungen in Deutschland und Europa zu engagieren. Die jungen Leute sollen eine überwiegend praktische Hilfstätigkeit im Natur- und Umweltschutz ganztätig ausüben, aber weder sollen sie als billige Arbeitskraft mißbraucht, noch soll die gebotene Arbeitsmarktneutralität unterlaufen werden.

Neben der praktischen Tätigkeit werden Seminare durchgeführt, um die Bildungsziele des freiwilligen ökologischen Jahres zu vermitteln. Den Teilnehmern/-innen werden Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung oder entsprechende Geldersatzleistungen sowie ein angemessenes Taschengeld gewährt.

### Unterhaltsvorschuß: Leistungen verdoppelt

Ab 1. Januar 1993 werden die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz verdoppelt: Die Altersgrenze für die Kinder wird von jetzt sechs auf zwölf Jahre angehoben, die Leistungshöchstdauer von drei auf insgesamt sechs Jahre erhöht. Von diesen Lei-

stungsverbesserungen profitieren jährlich etwa 125.000 Kinder. Seit 1992 gilt das Unterhaltsvorschußgesetz einheitlich im ganzen Bundesgebiet; es sichert aus öffentlichen Mitteln den Mindestunterhalt von Kindern, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben und diesen Unterhalt nicht vom anderen Elternteil erhalten.

# Ohne Strukturreformen keine Bundesmittel für die Hochschulen

Mit zehn Thesen hat der Wissenschaftsrat einen wichtigen Beitrag zur Reform des Hochschulsystems geleistet und eine wichtige Grundlage für die auf dem anstehenden Bildungsgipfel von Bund und Ländern zu treffenden Entscheidungen gelegt. Dazu der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alois Graf von Waldburg-Zeil:

Zu unterstützen ist insbesondere die Aussage des Wissenschaftsrates, wonach die Grundlage für die Hochschulzulassung zwar weiterhin das Abitur bleiben soll, die Universitäten aber verstärkt die Möglichkeit zur Auswahl von Studenten in zulassungsbeschränkten Fächern erhalten sollen.

Eine derartige Konzeption bedingt allerdings zwingend, daß die für ein Hochschulstudium notwendigen Voraussetzungen im Gymnasium endlich wieder deutlicher akzentuiert werden. Konkret heißt dies, daß durch eine Reform der Oberstufe die relevanten allgemeinbildenden Fächer ein stärkeres Gewicht erhalten und ein verbindlicher Fächerkanon für die schriftliche Abiturprüfung festgelegt wird, der mindestens Deutsch, eine fortgeführte Fremdsprache, Mathematik und ein naturwissenschaftliches Fach bzw. Geschichte umfaßt. Nur auf diesem Weg gewinnt das Abitur wieder einen Prognosewert für die Studierfähigkeit.

Zugleich gilt es, ein immer weiteres Auseinanderdriften der Leistungsanforderungen für das Abitur zu verhindern und für die notwendige Vergleichbarkeit der in den jeweiligen Bundesländern abgelegten Reifezeugnisse zu sorgen, in dem ein Zen-

tralabitur — jeweils auf Landesebene — in allen Bundesländern eingeführt wird. Sollte eine Profilierung des Abiturs und eine Stärkung seiner Funktion als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung mit Aussagekraft für die Studierfähigkeit allerdings am Widerstand einiger Länder scheitern, so führt dann möglicherweise an speziellen Eignungsfeststellungen — zusätzlich zum Abitur — als Voraussetzung für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung kein Weg mehr vorbei.

Angesichts der von Ländern und Universitäten mit Recht beklagten Finanzknappheit im Hochschulbereich und der ebenfalls begründeten Forderung nach mehr Bundesmitteln im Hochschulbau besteht allerdings nunmehr allmählich die Hoffnung, daß eben doch der Druck der Finanzverhältnisse endlich zur Realisierung von Strukturreformen führt.

Diesen Druck gilt es aus der Sicht der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch bei der Vorbereitung des Bildungsgipfels aufrecht zu erhalten, indem ein klares und unauf lösliches Junktim erfolgt — zwischen der rechtlich verbindlichen Fixierung der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen und ja auch von den Ländern im Grundsatz begrüßten Reformvorschläge einerseits und der Erhöhung der Bundesmittel für den Hochschulbereich, insbesondere für den Hochschulbau, andererseits.

Das Motto muß hier klar und unumwunden lauten: Ohne rechtlich verbindlich fixierte Strukturreformen keine einzige zusätzliche Mark des Bundes für die Hochschulen. ■

# Leistungsfähigkeit durch Sport bis ins hohe Alter bewahren

**Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses Sport der CDU in Bonn erklärte der Vorsitzende, Ferdi Tillmann:**

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat sich erneut mit den Möglichkeiten befaßt, wie Sport zur Gesunderhaltung, bei Behandlung von und zur Vorbeugung gegenüber Krankheiten eingesetzt werden kann. Er hat insbesondere mit Fachleuten intensiv über die Frage diskutiert, wie durch Sport die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit und allgemeines Wohlbefinden bis ins hohe Alter erhalten werden können.

Der Ausschuß hat dazu folgende Beschlüsse gefaßt:

## Sport im Alter

Die Lebenserwartung des Menschen nimmt auch in Deutschland weiter zu. Sie hat sich hier von ca. 50 Jahren (1900) auf 72 Jahre beim Mann und 78 Jahre bei der Frau (1991) vergrößert. Ohne Utopie darf erwartet werden, daß in der ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts eine mittlere Lebenserwartung von  $90 \pm 10$  Jahren erreicht wird.

Es gilt aber nicht nur, eine Rekordzahl an Jahresringen zu erreichen, sondern es sollen die hinzugewonnenen Lebensjahre lebenswert gestaltet werden. Dazu gehört eine entsprechende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit sowie seelisches Wohlbefinden. Die einzige Möglichkeit, sich in dieser Hinsicht jünger zu präsentieren, als es dem chronologischen Alter entspricht, ist körperliches und geistiges Training. Vom Standpunkt der Forschung gibt es bis heute keine andere

Methode, wie etwa Ernährung oder Medikamente, die ein körperliches oder geistiges Training ersetzen könnte.

Es liegt daher sowohl im individuellen als auch im allgemeingesellschaftlichen Interesse, durch ein körperliches Training bzw. durch Sport bis in ein möglichst hohes Alter hinein eine gute körperliche und geistige Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Training und Sport zur rechten Zeit, in der richtigen Qualität und Quantität könnten geeignet sein, zahlreiche therapeutische, rehabilitative und Pflegemaßnahmen überflüssig zu machen bzw. vornehmlich an die Grenze des menschlichen Lebens zu verschieben.

## Der Bundesfachausschuß Sport der CDU fordert daher:

Eine verstärkte Zusammenarbeit von Bundesregierung, Landesregierungen, den kommunalen Spitzenverbänden und den Sportorganisationen mit dem Ziel, die Erkenntnisse der Sportmedizin in Handlungskonzepte umzusetzen.

Denkbar wären folgende Maßnahmen und Projekte:

- Intensivierung der Forschung über Sport im Alter
- Förderung von Modellmaßnahmen im Bereich des Seniorensports durch die Bundesregierung
- Förderung des Seniorensports durch die Krankenkassen im Interesse von Kostensenkungen im Gesundheitswesen
- Zusatzausbildung für Mediziner, um Erkenntnisse der Sportmedizin in die tägliche Praxis bzw. Therapie umsetzen zu können. Einführung von Sportmedizin als Pflichtfach in die Approbationsordnung

## Zugang an Aussiedlern hat sich konsolidiert

Vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Januar 1993 wurden 16.858 deutsche Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland registriert. Der Zugang ist damit gegenüber dem Vergleichsmonat 1992 (18.698) sowie 1991 (22.556) weiter zurückgegangen.

Die Zahl der Antragsteller für einen Aufnahmebescheid ist im Monat Januar dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres weiter zurückgegangen. Sie erreicht etwa 90 Prozent des Vergleichszeitraumes.

Während der Antragseingang aus der Republik Polen und Rumänien weiter stark zurückging, liegen die Anträge aus der ehemaligen Sowjetunion um ca. 2 Prozent unter denen des Vorjahres.

Hierzu erklärte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Horst Waffenschmidt: Mit dem seit 1. Januar geltenden Kriegsfolgenbereinigungsgesetz ist es in einem Kompromiß gelungen, eine solide Grundlage für die kontinuierliche Aufnahme von Spätaussiedlern in den folgenden Jahren zu legen.

- Berücksichtigung der Belange des Seniorensports bei der Ausbildung von Sportlehrern und Übungsleitern
- Verstärkte Aufklärung und Übungsanleitungen für Sport im Alter über Hörfunk, Fernsehen und Printmedien
- Fachkongreß der Senioren-Union der CDU in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Sport der CDU und dem Bundesfachausschuß Gesundheit der CDU über „Sport im Alter“.

### Aufnahme der Sportmedizin in die Approbationsordnung für Ärzte

Die präventive Medizin stellt heute aus der Sicht von Forschung und Praxis den wichtigsten medizinischen Bereich dar. Das gilt insbesondere zur Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankungen und, um altersbedingten Funktions- und Leistungseinbußen entgegenzuwirken. Epidemiologische Studien liefern den Beweis für die präventive und rehabilitative Bedeutung von Übung, Training und Sport.

Die primär von der Sportmedizin

bewirkte Revolution in der Behandlung des Herzinfarktpatienten von vier- bis sechswöchiger absoluter Ruhigstellung zur Frühmobilisation und Bewegungstherapie sowie der Aufbau ambulanter Herztrainingsgruppen dokumentieren die sportmedizinische Bedeutung.

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU bekräftigt daher seine Forderung aus dem Jahre 1985 an die Regierungen der Länder, daß sportmedizinische Erkenntnisse stärker als bisher in die ärztliche Ausbildung einbezogen und Eingang in die Approbationsordnung für Ärzte finden müssen.

### Im einzelnen fordert der Ausschuß:

- Einführung eines Pflichtpraktikums für Sportmedizin, dessen Besuch bei der Meldung zum zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung nachzuweisen ist
- Anhebung der Sportmedizin auf das Niveau einer Gebietsarztbezeichnung (Facharztbezeichnung) nach den eingetretenen Neustrukturierungen in diesem Bereich.

## Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

# Gute Erfahrungen zur Ermutigung auch anderer Kreisverbände

**Mitte des vergangenen Jahres hat Generalsekretär Peter Hintze in Briefen an die Kreisverbände angeregt, Kontakte auf kommunaler Ebene zu den Partnerparteien der CDU in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, vorzugsweise in den jeweiligen Partnerstädten, aufzunehmen.**

Dieser Aufruf traf im Kreisverband Dresden auf einen gut vorbereiteten Boden. Begonnen hatte es bereits kurz nach den Kommunalwahlen im Mai 1990, als die CDU-Fraktion der Dresdner Stadtverordnetenversammlung versuchte, einen Partner in der damaligen Tschechoslowakei zu finden.

### Erstes Treffen September 1991

Aber erst, nachdem sich aus den Wirren der samtenen Revolution in der ČSFR in einem heftigen Gärungsprozeß stabile Strukturen herausgebildet hatten und die Demokratische Bürgerpartei ODS zum aussichtsreichsten Partner der CDU geworden war, führten die Dresdner Bemühungen zum Erfolg.

Im September 1991 kam es in Aussig an der Elbe (Tschechische Republik), 60 Kilometer südlich von Dresden, zum ersten offiziellen Treffen zwischen Delegationen der Dresdner CDU und der Aussiger ODS. Regelmäßige Zusammenarbeit wurde vereinbart. In weiteren Treffen, alternierend in den beiden Ländern, wurde die Politik zu gemeinsam interessierenden Problemen aufeinander abgestimmt. Insbesondere gingen Impulse zur Gründung der Euroregion Elbe/Labe,

der beiden angehören, von diesem Treffen aus.

Die beiden Oberbürgermeister Herbert Wagner und Lukas Masin, die der CDU bzw. der ODS angehören, wurden auf der Gründungsveranstaltung am 24. Juni 1992 als stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der Euroregion gewählt.

In die Diskussion zwischen den beiden Parteiverbänden werden mittlerweile auch Themen einbezogen, die die kommunale Ebene übersteigen. Auf dem letzten Treffen, das am 15. und 16. Januar in

**Eine Anregung von Generalsekretär Peter Hintze ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Die CDU knüpft Kontakte zu Partnerparteien im ehemaligen Ostblock.**

Form einer Klausurberatung in Holzhau im Erzgebirge durchgeführt wurde, ging es sowohl um die Trasse für die geplante Autobahn von Sachsen nach Böhmen als auch um Fragen des Umweltschutzes, darunter an vorderer Stelle um die Sanierung des beide Städte verbindenden Flusses Elbe.

Natürlich bleibt es nicht aus, daß am Rande auch über den Charakter der zwischen beiden Städten liegenden EG-Außengrenze diskutiert wird. Die Existenz dieser Grenze und der damit verbundenen Probleme erhöht zweifellos die Bedeutung freundschaftlicher Beziehungen, die über sie hinwegreichen.

## Zielgruppenveranstaltungen im Kreisverband Dresden-Land/Meißen

**Im Rahmen der Herbstaktion hat der Kreisverband Dresden-Land/Meißen eine Reihe von Zielgruppenveranstaltungen mit den Themen-Schwerpunkten Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Umwelt, Soziales und Kommunales durchgeführt.**

Aufgrund der aktuellen Themenauswahl und der speziell an die jeweiligen Zielgruppen gerichteten Einladungen waren die Veranstaltungen durchweg erfolgreich. Als Referenten stellten sich sächsische Staatsminister und Staatssekretäre zur Verfügung.

Nicht nur die gute Vorbereitung der

Veranstaltungen durch den Kreisverband, sondern auch die Möglichkeit, in der Presse auf die Herbstaktion hinzuweisen, die das Gesamtprogramm auf der Kreisseite an herausgehobener Stelle publizierte, halfen mit, daß diese Aktion ein voller Erfolg wurde.

Neben den Zielgruppenveranstaltungen sind der Canvassing-Stand auf dem Marktplatz in Meißen sowie eine Informationsbusfahrt mit dem Bürgermeister Bartosch besonders hervorzuheben, da hierbei die Möglichkeit, Nicht-CDU-Mitglieder und Sympathisanten zu erreichen, sehr viel größer war.

Hier sind auch die Motive zu suchen, die zur Aufnahme der Partnerschaft geführt haben. In den Jahren kommunistischer Unterdrückung hatten die DDR-Deutschen praktisch nur eine Möglichkeit, der Einsperrung zeitweilig zu entkommen, nämlich in Richtung Tschechoslowakei. Hier trafen sie auf Menschen, die sich in ähnlicher Situation befanden.

### Verpflichtung zur Solidarität

So entstanden viele Freundschaften. Jetzt vollzieht sich im Osten Deutschlands trotz aller damit verbundenen Probleme der zügige Anschluß an Europa, während die Nachbarländer die sozialen Erschütterungen, die der Demokratieprozeß mit sich bringt, ohne Abfederung aushalten müssen.

Daraus erwächst eine moralische Verpflichtung zur Solidarität mit ihnen. Es ist wichtig, bei ihnen die Demokratie stär-

ken und schützen zu helfen. Die Tschechen, die es jetzt ungleich schwerer als die Ostdeutschen haben, müssen fühlen, daß sie zu Europa gehören.

Daneben befinden sich hier künftige Märkte für deutsche Produkte und künftige Kooperationspartner, auch wenn diese Beziehungen im Moment sehr reduziert sind.

Durch die engen Kontakte zur ODS in Aussig will die Dresdner CDU Zeichen für die Zukunft setzen. Ein detailliertes Programm gemeinsamer Aktivitäten für das Jahr 1993 wurde abgestimmt. Bereits im März findet in Aussig eine Begegnung von Parteimitgliedern beider Städte in größerem Rahmen statt. Weitere Treffen werden folgen.

Die positiven Erfahrungen sind geeignet, andere CDU-Kreisverbände zu ähnlichen Partnerschaften mit christlich-konservativen Parteien in osteuropäischen Städten zu ermutigen. ■

# Auftakt zur heißen Wahlkampfphase der Kommunalwahlen in Hessen

**Ganz im Zeichen der Bundespolitik stand der 80. Landesparteitag der hessischen CDU in Frankfurt am 30. Januar — zugleich Auftakt der heißen Wahlkampfphase vor dem einzigen Urnengang 1993. „Zukunft sichern in schwieriger Zeit“ — unter diesem Motto stimmten der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der hessische CDU-Chef, Manfred Kanther, rund 400 Delegierte und die Öffentlichkeit auf die Wochen bis zum 7. März ein.**

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, verlangte von der SPD, sich an „schnellen und berechenbaren Entscheidungen über den Solidarpakt“ zu beteiligen. Kohl betonte, die Erblast der ehemaligen DDR könne mit dem normalen Steueraufkommen nicht abgebaut werden. „Wer unsere Vorschläge kritisiert, der muß eigene machen“, verlangte Kohl und fügte hinzu: „Ich bin fest entschlossen, daß das Ganze in wenigen Wochen abgeschlossen wird.“

Scharf kritisierte Kohl „die Miesmacher, die schon die ganze Geschichte der Bundesrepublik begleitet haben“ und nun über die finanziellen Folgen der deutschen Einheit mäkelten. Dabei hätten wir „die meisten Probleme auch ohne Wiedervereinigung. Sie sind hausgemacht in der alten Bundesrepublik“. Deutlich fügte er hinzu: „Wir haben über die Verhältnisse gelebt, das können wir uns nicht erlauben, das stellen wir jetzt ab.“

Der Bundeskanzler betonte, es müsse klar sein, daß die wichtigsten Zukunftsaufgaben nicht ohne Opfer aller verwirklicht werden könnten: „Es gibt im Jahr 1993 nichts zu verteilen — beim Staatshaushalt

müssen wir strecken, bei den Tarifen aufpassen.“ Eine Senkung der Inflationsrate und Sparen in den öffentlichen Haushalten seien notwendig, damit die derzeit stagnierende Konjunktur Ende dieses Jahres wieder anspringen könne.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede verlangte der Bundeskanzler erneut eine Grundgesetzänderung für UNO-Einsätze der Bundeswehr. „Wenn wir unsere Verfassung nicht ändern, verliert Deutschland jede Reputation“, betonte Kohl. Das Land könne sich nicht mit Geldzahlungen aus der Affäre ziehen, „sonst geraten wir in die Rolle eines Krämers, der sich

**Petra Roth: Die Bürger müssen aufgerüttelt werden, damit sie unbedingt zur Wahl gehen, damit die demokratische Mitte gestärkt und den Vereinfachern eine Absage erteilt wird.**

freikauf — das kann nicht deutsche Identität sein“. In diesem Zusammenhang sprach sich Kohl für die Aufhebung des Waffen-Embargos gegen Bosnien-Herzegowina aus.

Ebenfalls überwiegend im Zeichen der Bundespolitik stand die Rede des hessischen Landesvorsitzenden Manfred Kanther, der eine „Politik der Klarheit und des Zupackens“ verlangte. Die anstehenden gewaltigen Aufgaben, so Kanther, könnten nur von der Union bewältigt werden, da sich die Sozialdemokraten bei allen wichtigen Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik als „Nein-Sager“ erwiesen hätten.



Kanther: „Wo wären wir mit diesem Land, wenn Erhard 1948 Planwirtschaft, Adenauer 1953 Neutralität, Kohl 1983 Vorleistung beim Abrüsten und 1990 Zweistaatlichkeit gewählt hätte statt Marktwirtschaft, Westbindung, Nachrüstung und Wiedervereinigung — arm dran wären wir.“

Der hessische CDU-Vorsitzende verteidigte die Vorschläge zum Solidarpakt und warnte die CDU davor, sich von der SPD „Neidparolen aufschwätzen zu lassen“. Es gebe keine Gerechtigkeitslücke: „Beim vorliegenden Programm tragen fünf Prozent der Bevölkerung 23 Prozent der Lasten.“ Mit ihrer Ankündigung, erst im März eigene Sparvorschläge für den Solidarpakt zu machen, will sich die SPD nach den Worten Kanthers bis zur hessischen Kommunalwahl am 7. März „durchmogeln“ und im Wahlkampf mit „Diffamierungskampagnen“ die Wähler gegen die CDU aufbringen.

Eher mitleidig betrachtete der hessische CDU-Chef die Vorschläge der „armen Figur“ Lafontaine, dem zur Finanzierung des Förderprogramms für den Osten nicht mehr einfallt als „zum fünften Mal der Jäger 90 und die Streichung der Subvention beim Flugbenzin“. Kanther wörtlich: „Das wäre so, als wollte Lafontaine

seinen maroden Saar-Haushalt über die Abschaffung seines Leibhusaren sanieren.“

Der CDU-Politiker kündigte an, die Themen Innere Sicherheit, Verbesserung der Infrastruktur und Sicherung der freien Schulwahl würden im Vordergrund des CDU-Kommunalwahlkampfes stehen.

## Anpacken statt meckern

„Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten dürfen nicht durch die Instabilität rot-grüner Mehrheiten oder den Einfluß rechter Splittergruppen gefährdet werden“, betonte Kanther und fügte hinzu: „Für uns muß die Devise lauten: anpacken statt meckern, hinstehen statt wegducken“.

Wie Kanther rief auch die Oberbürgermeisterkandidatin der Frankfurter CDU, Petra Roth, zum Kampf um die Mehrheit bei der Kommunalwahl auf. In diesem Zusammenhang warnte sie die Union vor „kollektiver Weinerlichkeit in den eigenen Reihen“. Die Bürger müßten aufgerüttelt werden, sie müßten unbedingt zur Wahl gehen, damit die demokratische Mitte gestärkt und den Vereinfachern eine Absage erteilt werde, verlangte Frau Roth.

## Heimat – Heimatlos – Heimgekehrt

Der beschwerliche Weg der Rußlanddeutschen

Zu diesem Thema veranstaltet der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ein offenes Podiumsgespräch am Samstag, 6. März 1993, im „Assapheum“ in Bielefeld-Bethel, Beginn: 10 Uhr.

Angelika Schulze, stellvertretende Vorsitzende des EAK Nordrhein-Westfalen: Ungewollt haben die deut-

schen Minderheiten im Osten vor und nach dem 2. Weltkrieg viel Leid für Deutschland mittragen müssen. Sie kommen seit Jahren schon in das Land ihrer Vorfahren. Jedoch verstärkt in den letzten Jahren. Und damit entstand eine Situation, die dem Wort „einander annehmen“ eine ganz besondere Bedeutung gibt.

# Der Aufbruch hat begonnen

**Er ist 33 Jahre jung, verheiratet und Rechtsanwalt. Seit frühester Jugend im politischen Geschäft zu Hause, soll er der jüngste Ministerpräsident Deutschlands werden. Er sieht sich als „politischen Überzeugungstäter mit Ecken und Kanten“, der nicht „jeder-manns Liebling“ sein will. Der Mann heißt Christian Wulff und ist heute der Hoffnungsträger der CDU Niedersachsen und vielleicht morgen schon einer über die Landesgrenzen hinaus.**

95 Prozent der Delegierten auf dem Landesparteitag der CDU Niedersachsen nominierten am 30. Januar in Hannover den 33jährigen zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 14. März 1994, dem Auftakt des Wahlmarathons. Christian Wulff geht gegen einen der Brandt-Enkel, Ministerpräsident Schröder (Wulff: „Politiker, deren einziges Prinzip die Prinzipienlosigkeit ist, haben keine Zukunft“), ins Rennen um die Wählergunst. „Aufbruch mit Kompetenz“, die CDU Niedersachsen ist ihrem Parteitagsmotto gerecht geworden.

Mut muß man dem CDU-Landesvorsitzenden Josef Stock bescheinigen, der früh auf den jungen Osnabrücker Kommunalpolitiker Christian Wulff gesetzt hat. Während viele in der Partei und darüber hinaus über Nachwuchsmangel in der Politik klagen, handelte Stock, und die Partei ist auf dem Parteitag beeindruckend mitgezogen.

„Jugend ist kein Qualitätsmerkmal, aber Alter schützt vor Torheit nicht“, bemerkt Wulff und nimmt damit den Kritikern Wind aus den Segeln. Der Spitzenkandidat schlägt einen neuen politischen Weg für die Union in Niedersachsen ein. Über den Tag hinaus will die CDU Politik gestalten und Zukunftsvisionen entwick-

keln. Er setzt auf die programmatische Erneuerung, auf die eigene Kraft der CDU und weniger auf das Hickhack mit dem politischen Gegner.

Mut zur Wahrheit und Glaubwürdigkeit, dies sind für ihn wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik. In den nächsten Jahren bestehe die Notwendigkeit „zur neuen Bescheidenheit“. Für längere Zeit „wird es nicht Mehr zu verteilen geben“.

Wulff wirft den Politikern Versagen vor: „Politiker aller Parteien schaffen es nicht, neue Wege zu weisen, über kleinliche Parteigrenzen hinweg gemeinsam die wichtigen Aufgaben unseres Landes entschlossen anzugehen. Und die Menschen in unserem Land sind zurecht verbittert über dieses Versagen, verdrossen und empört über viele Politikerinnen und Politiker.“ Er habe die „Nase voll, diesen

**CDU Niedersachsen  
nominiert Christian Wulff  
als Spitzenkandidaten.**

Entwicklungen tatenlos zuzusehen“, deshalb trete er an. Den jubelnden Delegierten ruft er zu: „Wir sind heute hier, um dieses zu ändern.“

Beim politischen Neuanfang in Niedersachsen verlangt die CDU mit Wulff die Konzentration der Politik auf die wichtigen Felder. Das heißt weniger Ministerien, kleinere Parlamente, Entbürokratisierung und mehr Verantwortung für den einzelnen. Und der Spitzenkandidat zeigt Führungs- und Gestaltungswillen, beansprucht „die letzte Verantwortung für unsere künftige Politik“.

Die CDU soll sich wieder zu einer Dia-

## Bildungspolitischer Kongreß in Wiesbaden

# Zur Verantwortung erziehen – Bildung – Schlüssel zur Zukunft

Unter diesem Motto veranstaltet die CDU am 4./5. März 1993 in Wiesbaden einen bildungspolitischen Kongreß.

Generalsekretär Peter Hintze: Wer in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche die Zukunftsfähigkeit unseres Landes dauerhaft erhalten will, muß auch bereit sein, das Bildungswesen auf den Prüfstand zu stellen. Es gilt, neuen Entwicklungen gerecht zu werden und alte Verkrustungen aufzubrechen.

Es geht darum, daß ein leistungsstarkes Bildungswesen jungen Menschen auch künftig die beruflichen Qualifikationen vermittelt, mit denen sie vielfältige Lebenschancen wahrnehmen und sich wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können. Es geht darum, daß wir nur mit einem hohen Niveau in Forschung und Lehre den „Standort Deutschland“ sichern können.

### Aus dem Programm:

Nach der Eröffnung durch den Lan-

desvorsitzenden der CDU Hessen, Manfred Kanther, referieren Ministerpräsident Erwin Teufel und Professor Erich E. Geißler (Bonn/Leipzig) über das Thema

### ● Bildung: Investition in die Zukunft

Danach folgen die Foren:

#### ● Forum I:

Schule im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Leistungserfordernissen und individueller Erwartung

#### ● Forum II:

Familie und Schule im Wandel

#### ● Forum III:

Ausbildung und Arbeitswelt

#### ● Forum IV:

Hochschule als Stätte der Wissenschaft und der Ausbildung

### ● Bildungspolitik für den Standort Deutschland

Schlußreferat des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl.

logpartei entwickeln, in der mit den Bürgern über Sachfragen auch kontrovers diskutiert wird und nicht in Hinterzimmern Nabelschau betrieben.

Mit eigenen programmatischen Vorstellungen will er die CDU zu den Menschen führen, sie mit einbinden. Die Wahlverweigerer vom letzten Mal, die verdrossenen Parteianhänger, die Jugend, alle, die Politik gestalten wollen — sie alle will er

für die CDU gewinnen; im kritischen Dialog, mit Ehrlichkeit und einem zukunftsweisenden Programm.

Den Delegierten — und wohl auch vielen Wählern — spricht Christian Wulff aus dem Herzen. Sie applaudieren minutenlang stehend nach seiner ersten programmatischen Rede. Sie sind stolz und motiviert auf ihren erfrischend spritzigen und offenen Kandidaten. ■

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

**1993** soll zu einer intensiven Diskussion des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms genutzt werden, an dem sich nicht nur Parteimitglieder, sondern auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Für die Diskussionen sind zwei Phasen geplant: Bis zum 15. September soll der Parteilinien überschreitende Dialog geführt werden und Anfang November der Antrag des Bundesvorstandes vorliegen, der dann auf dem 5. Parteitag der CDU vom 20. bis 24. Februar 1994 in Hamburg abschließend beraten und verabschiedet wird.

Jetzt kann auch der „Leitfaden zur Diskussion“ (Materialien I) in unserem Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, bezogen werden:

- Bestell-Nr.: 3570
- Mindestabnahme: 10 Exemplare
- Preis je 10 Exemplare: 13,— DM



**Bestell-Nr.: 3569**  
**Verpackungseinheit: 10 Stück**  
**Preis pro Einheit: 19,50 DM**

**UID**

**4/1993**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjens, Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Bonn, Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementpreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.